

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>A) THEMATISCHE EINFÜHRUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>B) CHANCEN UND RISIKEN DURCH AUSLAGERUNGEN .....</b>	<b>13</b>
I) VORTEILE VON AUSLAGERUNGEN FÜR DAS INSTITUT .....	13
1) <i>Kosteneinsparungen</i> .....	13
2) <i>Weitere Vorteile</i> .....	15
II) MIT AUSLAGERUNGEN VERBUNDENE RISIKEN .....	16
1) <i>Aufgabe der Aufsichtsbehörden / Sinn und Zweck der Aufsicht</i> .....	17
2) <i>Risiken von Auslagerungen</i> .....	19
<b>C) RECHTSNATUR DER MARISK.....</b>	<b>29</b>
<b>D) ANWENDUNGSBEREICH UND REICHWEITE VON § 25 B KWG</b>	
<b>I. V. M. AT 9 MARISK.....</b>	<b>33</b>
I) ZWEIGNIEDERLASSUNGEN DEUTSCHER INSTITUTE .....	33
1) <i>Grundsätzliche Einbeziehung (inklusive Exkurs zu den Begrifflichkeiten Zweigstelle und Zweigniederlassung)</i> .....	33
2) <i>Outsourcing von ausländischen lokalen Anforderungen, die das KWG nicht kennt</i> .....	36
II) INLÄNDISCHE ZWEIGSTELLEN/ ZWEIGNIEDERLASSUNGEN VON UNTERNEHMEN MIT SITZ IM AUSLAND.....	38
III) LOKALE ANFORDERUNGEN AN ZWEIGNIEDERLASSUNGEN DEUTSCHER INSTITUTE IM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM IM ZUSAMMENHANG MIT AUSLAGERUNGEN .....	39
1) <i>Vorhandensein vordringlicher Gründe für das Allgemeininteresse des Aufnahmestaats</i> .....	42
2) <i>Keine Diskriminierung (der Ausländer gegenüber den Inländern)</i> .....	44
3) <i>Keine vorhergehende Harmonisierung des Regelungsbereichs</i> .....	44
4) <i>Notwendigkeit (Erforderlichkeit im Allgemeininteresse und Verhältnismäßigkeit)</i> .....	48
5) <i>Zwischenergebnis</i> .....	49
<b>E) DIE UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN WESENTLICHEN UND UNWESENTLICHEN AUSLAGERUNGEN .....</b>	<b>51</b>
I) WESENTLICHE AUSLAGERUNG .....	51

1) <i>Gewährleistung der Auskunfts- und Prüfungsrechte sowie Kontrollmöglichkeiten</i> .....	53
2) <i>Abschluss eines schriftlichen Auslagerungsvertrages mit bestimmtem Inhalt</i> .....	55
3) <i>Angemessenes und wirksames Risikomanagement</i> .....	70
4) <i>Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen zum Umgang mit Gefahren, die mit wesentlichen Auslagerungen verbunden sind</i> ..	81
II) UNWESENTLICHE AUSLAGERUNGEN .....	84
1) <i>Sicherstellung der Auskunfts- und Prüfungsrechte sowie Kontrollmöglichkeiten</i> .....	86
2) <i>Verhältnis zwischen Institut und Dienstleister</i> .....	88
III) RISIKOANALYSE: BESTIMMUNG DER WESENTLICHKEIT .....	100
1) <i>Inhalt der Risikoanalyse</i> .....	101
2) <i>Betroffene Einheiten / Personen</i> .....	103
3) <i>Prozessualer Ablauf / Entscheidungsfindung</i> .....	104
IV) ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE IM ZUSAMMENHANG MIT DER BESTIMMUNG DER WESENTLICHKEIT .....	116
1) <i>Hintergrund des Tatbestandsmerkmals</i> .....	116
2) <i>Bestimmung der Wesentlichkeit durch die Aufsicht</i> .....	117
3) <i>Nähere Konkretisierung der Wesentlichkeit</i> .....	118
4) <i>Einführung eines Letztentscheidungsrechts der Aufsicht</i> .....	126
5) <i>Einführung einer Pflicht zur Information über Weiterverlagerungen bei unwesentlichen Auslagerungen</i> .....	127
6) <i>Einführung von Auskunfts-, Kontroll- und Prüfungsrechten der Aufsicht bei unwesentlichen Auslagerungen</i> .....	128
7) <i>Zwischenergebnis</i> .....	130
<b>F) DAS VORLIEGEN EINER AUSLAGERUNG IM SINNE VON § 25 B KWG I. V. M. AT 9 MARISK</b> .....	<b>133</b>
I) <b>EIN ANDERES UNTERNEHMEN [...]</b> .....	<b>133</b>
II) <b>MIT DER WAHRNEHMUNG SOLCHER AKTIVITÄTEN UND PROZESSE [...]</b> ..	<b>135</b>
III) <b>DURCHFÜHRUNG VON BANKGESCHÄFTEN, FINANZDIENSTLEISTUNGEN ODER SONSTIGEN INSTITUTSTYPISCHEN DIENSTLEISTUNGEN</b> .....	<b>136</b>
1) <i>Bankgeschäfte / Finanzdienstleistungen</i> .....	136
2) <i>Sonstige institutstypische Dienstleistungen</i> .....	137
3) <i>Verzicht auf dienstleistungsbezogene Beschränkungen</i> .....	144
IV) <b>[...] IM ZUSAMMENHANG MIT [...]</b> .....	<b>147</b>

1) Vergleichbarkeit mit der Kausalitätsbestimmung .....	148
2) Anpassung der <i>conditio-sine-qua-non</i> Formel als Indikation für das Bestehen eines Zusammenhangs .....	149
3) Bestimmung des notwendigen Zusammenhangs durch vergleichende Betrachtung .....	151
4) Hinreichender Zusammenhang aufgrund des Schutzzwecks der Norm (inklusive Exkurs zur Einsortierung von Archivierungsdienstleistungen) .....	152
V) [...] BEAUFTRAGT WIRD, DIE [...] .....	155
1) Dogmatische Einordnung des einmaligen oder gelegentlicher Fremdbezugs .....	156
2) Erfordernis einer teleologischen Reduktion für den einmaligen Fremdbezug .....	157
3) Auslegung des Begriffs „gelegentlicher Fremdbezug“ bei Einschaltung externer Anwälte .....	159
VI) [...] DIE ANSONSTEN VOM INSTITUT SELBST ERBRACHT WÜRDEN .....	168
<b>G) ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>173</b>
I) ANWENDUNGSBEREICH .....	173
II) WESENTLICHE AUSLAGERUNG UND UNWESENTLICHE AUSLAGERUNGEN ...	176
1) Der Umgang mit wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen ...	176
2) Anpassungsempfehlungen im Hinblick auf die Wesentlichkeit .....	179
III) DAS VORLIEGEN EINER AUSLAGERUNG .....	181
1) Sonstige institutstypische Dienstleistungen und der Umgang mit Auslagerungen nach dem Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz .....	181
2) Keine dienstleistungsbezogene Beschränkungen zur Vermeidung von Risiken .....	182
3) Nähere Erläuterungen zum notwendigen hinreichenden Zusammenhang .....	183
4) Rechtsberatung als Auslagerung im Sinne von § 25 b KWG .....	185
5) Erläuterungen zum letzten Halbsatz von AT 9 MaRisk ([...] die ansonsten vom Institut erbracht würden) .....	186